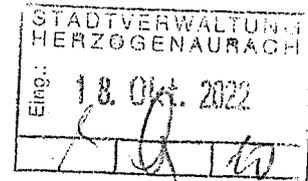


Retta Müller-Schimmel, Heinstr. 25, 91074 Herzogenaurach
Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Herr Bürgermeister
Dr. German Hacker
Wiesengrund 1
91074 Herzogenaurach

Herzogenaurach, 1. 10. 2022

Anträge für die kommende Stadtratssitzung:

1. Wir beantragen für die kommende Stadtratssitzung einen Bericht, in dem die Betreuungssituation für unsere Kinder und deren Eltern nach den Sommerferien in unserer Stadt dargestellt wird? Folgende Fragen sollten dabei beantwortet werden.
 - Reichten die Betreuungsplätze in den bestehenden Kitas, die in der Trägerschaft der evangelischen und katholischen Kirche sind, aus? Bekam jedes Kind einen Platz?
 - Falls dies nicht der Fall sein sollte, konnte dieses Anrecht auf einen Betreuungsplatz mit privaten Einrichtungen und oder Tagesmütter ausgeglichen werden.
 - Wie sieht es mit der vorschulischen Förderung von Flüchtlingskindern bei uns aus.
 - Konnten die Einrichtungen den Wünschen der Eltern, in Bezug auf die Aufenthaltsdauer ihrer Kinder in der Kita, Rechnung tragen.
 - Wie viele Kitaplätze werden durch die Firma Adidas angeboten. Werden diese Plätze ausschließlich von den Kindern, der in der entsprechenden Firma tätigen Eltern besetzt?
 - Ist bekannt ob andere Konzerne in der Stadt planen in naher Zukunft ihren Mitarbeiter*innen firmeneigene Betreuungsplätze anzubieten?
 - Reicht das bestehende Angebot an Nachmittagsbetreuung für unsere Schulkinder und deren Eltern aus.
 - Konnten Eltern ihre Schulkinder in den Einrichtungen (Ganztagesklasse, Hort, Mittagsbetreuung) ihrer Wahl unterbringen.
2. Wir beantragen die noch ausstehende Informationen, die die Verwaltung, auf Grund unseres gestellten Antrages (für die Stadtratssitzung am 23. Februar) einholen wollte in die kommenden Stadtratssitzung einzubringen. Folgende Fragen sind dabei zu beantworten.
 - Was hat der Vergleich unter den Betreuungsangeboten für Grundschüler bezogen auf die anfallenden Elterngeldern und die möglichen Ermäßigungen ergeben?

- Falls der Vergleich eine Verschiedenheit ergeben haben sollte, würde sich noch folgende Frage stellen: Wie hoch wäre der finanzielle Aufwand der Stadt bei einem, von ihr geschaffenen, Ausgleich.

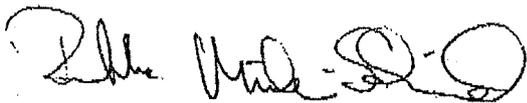
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Kinder ab einem Jahr haben, bis sie in die Schule kommen, ein Recht auf einen Betreuungsplatz, auch Flüchtlingskinder. Diese Aufgabe diesem Anspruch gerecht zu werden liegt bei den Kommunen. Durch den akuten Mangel an Personal in der Kinderbetreuung und auf der anderen Seite durch die steigende Anzahl an zu betreuenden Kindern hat sich die ehemals komfortable Aufstellung im Bereich zu vergebender Betreuungs-Plätze in Kitas auch in unserer Stadt verändert. Dieser dramatische Personalmangel bei der Kinderbetreuung ist natürlich nicht nur in den Kindertagesstätten zu spüren, sondern setzt sich auf der Ebene der Mittagsbetreuung und der Horte fort. Verschärft wird diese Situation noch dadurch, dass die Verweildauer der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch bei uns am Steigen ist. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Es tragen die Situation auf dem Arbeitsmarkt, als auch die berufliche Verwirklichung des Einzelnen als auch ein berechtigter Bildungsanspruch von Eltern für ihre Kinder dazu bei. Der Bedarf nach einem dringenden Betreuungsplatz kann aber auch existentiell für Familien oder Alleinerziehende notwendig sein. Dabei spielt die Höhe des aufzubringenden Beitrages für die Wahl eines Betreuungsplatzes eine nicht zu vernachlässigbare Größe.

Die Wünsche der Eltern nach Betreuung ihrer Kinder, qualifiziert, zeitnäßig ausreichend, finanziell erschwinglich, wohnort- und arbeitsplatznah sind legitim.

Wir glauben mit unserer eingeforderten Abfrage wird nicht nur die Situation der Eltern in unserer Stadt, bezogen auf Betreuung, gespiegelt, sondern erhalten wir Stadträt*innen auch die Möglichkeit uns über Verbesserungen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten auszutauschen, um sie dann im Stadtrat durch Abstimmung zur Verwirklichung zu bringen. Für die nächste Stadtratssitzung im Oktober beantragen wir einen Bericht, der uns die Betreuungssituation in unserer Stadt, anhand der Beantwortung der unter erstens aufgeführten Fragen, schildert. Wir beantragen weiterhin das Einbringen der im Februar zugesicherter Informationen rund um die erhobenen Betreuungsgelder und Ermäßigungen.

Mit freundlichen Grüßen für die Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen



Retta Müller-Schimmel